

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

mit doppelt bedruckter, bunte, halbe, dritte und vierte Seite, durchlaufend, nach bestimmter Berechnung, die Wiederholungen unmittelbar folgenden in kurzen Zeilen, dann einzeln, oder Knäuel, Jede Nachschreibungsart nach Befehl der geistlichen Vorgesetzten der Kriegsverfahren, - Einlage, Selbstgeschriebene, Teil 2 - **Wagnis-Nachnahme**: größter Wagnis bis 1000 Mark, kleinere Wagnis bis 1000 Mark, kleinere - Die Aufnahme von Wagnis an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle, oder auch bei bestimmten, eine bestimmte Wagnis oder nicht übernommen.

Seemannsche Buchhandlung, Leipzig, Buch und Briefe:
Ph. Kleinbühl, Königsberg im Taunus
Verlag: Schmidt (1894) 995.

42. Jabrona

(M. B. Richtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Im Brenta-Tal und in den Gebirgen östlich davon brachten uns die Kämpfe der letzten Tage weiteren Raumgewinn ein. Gegenangriffe des Feindes blieben erfolglos. Auf dem russisch-rumänischen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Von Wiener unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Weder bei dem Oberkommandanten der österreichisch-ungarischen, noch der deutschen Armee ist ein Antrag auf Abschluß eines Waffenstillstandes eingelaufen. Für den Fall, daß man russischerseits mit einem solchen Antrag herantreten würde, wird er im Sinne der Erklärungen der österreichisch-ungarischen und deutschen Minister, sicherlich im Geiste der Verhältnismäßigkeit mit Ruhe und Sachlichkeit geprüft werden. Es ist nicht zu befürchten, daß solchen Wünschen, falls sie eine sachliche Grundlage für Unterhandlungen bieten, irgend welche Hindernisse bereitet werden. Die Meldung erscheint aber durchaus wahrscheinlich, da allen Berichten zufolge die Polsschwärme offenbar ihre Macht verstärkt haben und die Herbeiführung des Friedens den ersten Programmpunkt der Maximolisten bildet.

Wien, 26. Nov. (W. B.) Das Wiener A. A. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau meldet: Der Generalfiskus ließ an die russischen Armeen die Nachricht gelangen, daß die Vertreter der Entente-Staaten beim russischen Oberkommando gegen jede Verletzung des Vertrages protestieren, der zwischen der Regierung des Zaren und den Regierungen der Verbündeten am 5. September 1914 geschlossen worden ist. Anknüpfend hieran drohen die Vertreter der Entente-Staaten, daß jede Vertragsverletzung durch Rußland, besonders ein Sonder-Waffenstillstand, schwere Folgen nach sich ziehen werde. In einer weiteren Mitteilung eröffnet das russische Oberkommando den ihm unterstellten Kommandanten, die amerikanische Regierung habe erklärt, sie könne keine weiteren Transporte nach Rußland zulassen, solange die Lage dieses Landes nicht geklärt sei. Sollten die Bolschewiki an der Macht bleiben und ihr Programm, Frieden mit Deutschland zu schließen, ausführen, dann werde die amerikanische Regierung das erlassene Ausfuhrverbot aufrechterhalten.

In einem Telegramm an alle militärischen Komitees der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte reagiert der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten Trotskij auf diese Mittheilungen des abgesetzten Höchstkommandierenden Duxowoi. Er verweist darauf, daß die Vertreter der Verbündeten sich einer unzulässigen Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes mit der Absicht schuldig machen, den Bürgerkrieg hervorzurufen, wenn sie sich mit diplomatischen Notizen an den General wenden, der wegen Ungehorsams gegen die Regierungsmassnahmen abgesetzt wurde. Der Versuch der Verbündeten-Vertreter durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, den Weg zu einem ethischen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Russlands sind nicht dazu gewillt. Der Aufruf fordert zur Fortsetzung des Kampfes für den sofortigen Waffenstillstand auf und schließt mit den Worten: „Nieder mit allen Geheimverträgen und diplomatischen Ränken!“

Basel, 28. Nov. Havas berichtet aus Petersburg: Folgende Geheimdokumente wurden veröffentlicht: Eine Note Sazonows an den Botschafter Rußlands in Paris stellt am 8. März 1915 die wohlwollende Haltung Frankreichs gegen Rußland wegen

und der Meerengen und das Einverständnis Englands zu den besprochenen Grenzen fest.

Eine Note Izwolskis an das Ministerium des Aeußern in Paris vom 12. Febr. 1916 berichtet über die Doumengué

vom Zaren gewährte Audienz, in der sich der Zar bereit erklärte, der Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich zuzustimmen und in der er eine politische Trennung zwischen Frankreich und Deutschland durch das

linke Rheinufer

ionisiert.

Eine Note Jawlowskis an das Ministerium des Aeußern vom 11. März, am Tage der Revolution, hebt die Dankbarkeit Frankreichs für die Freiheit hervor, die Rußland diesem läßt, seine Ostgrenze festzusetzen.

Eine nach Paris, London, Lissie und Stockholm von Terschakowitsch abgeschickte Note, die ohne Datum ist, sollte von dem furchtbaren Eindruck, den die Einnahme Rigas hervorrief, und von der Tätigkeit der Regierung zur Reorganisation der Armee berührt.

Eine weitere Note Lessinghousens nach Rom, Paris und London vom 9. Oktober berichtet über die Schritte der Botschafter Frankreichs, Italiens und Englands.

die die Bildung einer starken Regierungsgewalt verlangten, die die Armee reorganisieren und die Kerenskij ins Gedächtnis rufen sollte, daß Rußland noch immer eine Großmacht sei.

Eine Note, die Tereffschenko am 9. November nach Washington richtete, und die über den oben erwähnten Schritt berichtet, fügt bei, daß er auf die Regierung und die öffentliche Meinung einen schlechten Eindruck gemacht habe, da die Willerten die Anstrengungen kennen, die in Rußland unternommen würden, um den Kampf gegen den gemeinsamen Feind fortzusetzen. „Ich bitte Sie“, sagte der Minister dem Volskaster, „Panfing zur Kenntnis zu bringen, daß die Regierung die Reserve des amerikanischen Volskasters, der an dieser Demarche nicht teilnahm, sehr schätzt.“

Eine Note Tereščschenkos nach Rom, Paris und London vom 11. Oktober besagt, daß der Schritt der Bolschewisten durch seine Form sehr peinlich gewesen sei da die Alliierten ja die außerordentlichen Anstrengungen der Regierung kennen, um die Kampfkraft der Armee wieder herzustellen. Weder die Mißerfolge noch die Unruhen, noch die materiellen Schwierigkeiten könnten die Regierung von dem festen Entschluß abbringen, den Kampf bis zum Ende durchzuführen. „Unter diesen Umständen,“ sagt die Note, „begreifen wir die Beweggründe nicht, die die Alliierten zu ihrem Schritte veranlaßten, sowie die praktischen Ergebnisse, die sie von dem Schritt erhoffen.“ Eine weitere Note Tereščschenkos nach Paris, Rom, London, Washington, Tokio und Stockholm vom 22. Oktober meldet die Eröffnung des Vorparlaments und fügt bei, daß die Gruppe der gemäßigten Sozialisten und der revolutionären Sozialisten als genügende Mehrheit betrachtet werde, die Regierung zu unterstützen.

Eine Note des russischen Geschäftsträgers in Bern an das Ministerium des Aeußern vom 17. November meldet: über Gerüchte von Friedensverhandlungen zum Nachtheile Rußlands und berichtet von Zusammenkünften von Finanzleuten in diesem Zwecke.

Ein Telegramm Tereščschenkos vom 24. September 1917 betrifft die Erklärungen Nibots in der Kammer über die Frage der

Veröffentlichung der Verträge.

Terehischtsenko erklärt, Rußland habe nicht die Absicht, Frankreich Schwierigkeiten zu machen. Es würden in Rußland keine Einwendungen erhoben gegen die Veröffentlichung der vor und während des Krieges abgeschlossenen Verträge.

Es folgt eine lange Reihe von Notizen über verschiedene Vorschläge, die

Grichenland

für seine Unterstützung in Bezug auf Kleinasien und das Ägäische Meer, insbesondere in der Gegend der Inseln gemacht werden, als von ihm gefordert wurde, Serbien zu Hilfe zu eilen. Die Note zeigt den Gang der Verhandlungen mit Venizelos und Gumaris, die dann das Kabinett Gumaris bei der Frage der Garantie der territorialen Unverletzlichkeit Griechenlands, die von dem Athener Kabinett verlangt wurde, abbrach.

Eine Note Poliwanzows vom 10. November 1916 handelt von dem Eintritt

ឧបាសន៍

in den Krieg. Die Note wird von allgemeinen Betrachtungen über Rumänien begleitet. Sie zeigt die zögernde Haltung

Rumäniens und die verschiedenen Wechselfälle der Unterhandlungen, die dem Gang der militärischen Operationen entsprachen. (Krlf. 31g.)

Gerenskij.

Basel, 26. Nov. (Priv.-Tel. d. Ztg. Ztg.) Havas berichtet aus Petersburg: Aerenstij ist am 14. November als Premierminister und Generalissimus zurückgetreten; er übergab diese Aemter der provisorischen Regierung.

Berlin, 26. Nov. (W. B.) Das Reutersche Büro verbreitete die Nachricht, daß durch die amerikanische Regierung die Beschlagnahme feindlichen Eigentums erfolgt und daß weiterhin die Freigabe der im feindlichen Besitz befindlichen Patente verfügt sei. Dem widerspricht, wie der deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband mitteilt, ein Telegramm der Associated Press, dahin lautend, daß keine Beschlagnahme des Eigentums, bezw. der Patente der Feinde im Auslande von Seiten der amerikanischen Regierung verfügt worden ist.

Washington, 25. Nov. (W. B.) Meldung der „Central News“. Der russische Botschafter Bockmetjew ist zurückgetreten, bleibt aber verbleibend in Washington.

Basel, 26. Nov. (W. B.) „Offensore Romano“ veröffentlicht folgende Note: Einige Agenturen und Blätter, besonders ausländische, meldeten, daß der Heilige Stuhl einen neuen Aufruf zu Gunsten des Friedens an die beiden kriegsführenden Mächtegruppen oder an eine dieser Gruppen gerichtet hätte oder demnächst richten würde. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß die Meldung jeder Begründung entbehrt.

Berlin, 26. Nov. (W. B.) Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf über einen Nachtragskredit von 15 Milliarden zu.

Berlin, 26. Nov. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg.) Reichsfinanzminister Graf Hertling wird ebenso wie seine Vorgänger vor dem Zusammentritt des Reichstags die Fraktionsführer zu einer vertraulichen Besprechung empfangen.

Ueber die Stellungnahme der verschiedenen Parteien konnte von vornherein kaum ein Zweifel bestehen. Die Haltung der großen politischen Parteien in der Wahlrechtsvorlage ist seit Jahren genau bekannt. Die konservative Rechte verteidigt den bestehenden Zustand des Dreiklassenwahlrechts, die fortschrittliche und sozialdemokratische Linke verlangt die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auch auf den größten preussischen Bundesstaat, und programmäßig steht auch das Zentrum auf diesem Standpunkt. Die Mittelparteien, die Nationalliberalen und Freikonserativen, waren bei allen früheren Reformversuchen Anhänger des Pluralwahlrechts, und dementsprechend ist ihr Verhalten zu den Vorlagen noch etwas unklar. Diese allgemeine Gruppierung spiegelt sich auch wieder in der Berliner Parteipresse. In den Blättern der Linken herrscht starke Befriedigung darüber, daß die Regierungsvorlage mit dem Dreiklassenwahlrecht radikal bricht, auch nicht den Versuch eines abgestuften Wahlrechts macht, sondern Uebertragung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auf Preußen fordert. In Worten vollster Anerkennung wird über die Begründung des gleichen Wahlrechts geurteilt, die etwa vom Geiste des großen Befreiungskrieges, vom Geiste Steins und Hardenbergs anmet. Der Mann, der während seines öffentlichen Wirkens auch auf der Linken oft herber Kritik begegnete, der frühere Reichstanzler und Ministerpräsident Herr v. Bethmann Hollweg, findet heute uneingeschränkte Anerkennung. Es wird als sein Verdienst und als sein Wert

gerühmt, daß das gleiche Wahlrecht auch den preussischen Staatsbürgern werden soll. Genau entgegengesetzt ist das Urteil der konservativen und alldeutschen Presse, die die schärfste Abweisung für das gleiche Wahlrecht haben, das nur auch Preußen der Demokratie ausliefere. Während auf der Linken, namentlich auch eine gründliche Umgestaltung der Herrenhausvorlage gefordert wird, wird in den alldeutschen, konservativen und freikonservativen Blättern an die Parteien des Dreiklassenparlamentes das Ersuchen gestellt, die Regierungsvorlage, trotzdem sie auf einem königlichen Versprechen beruht, zum Scheitern zu bringen und an ihre Stelle ein abgestuftes Wahlrecht zu setzen. Mit den Vorschlägen über die Umgestaltung des Herrenhauses findet man sich auf der Rechten im wesentlichen ab. Das ist begreiflich, denn das Herrenhaus wird auch in der neuen Gestalt, die es bekommen soll, eine Stütze der rechtsstehenden Parteien bleiben. Realpolitischen Erwägungen entspricht es, wenn in dem Urteil der Linken die Herrenhausreform stark zurücktritt und das Hauptgewicht auf das freiherrliche Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus gelegt wird. (Ziff. 34.)

Lokalnachrichten.

* **Viehählung am 1. Dezember 1917.** Damit die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch möglichst einheitlich gestaltet wird, ist es unerlässlich, die für die Ernährung in Frage kommenden Viehbestände jedesmal kurz vor einer neuen Verbrauchsregelung festzustellen. Auf Grund der Bundesratsbeschlüsse vom 30. Januar und 9. August 1917 ist daher für den 1. Dezember 1917 eine kleine Viehählung angeordnet, die sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen und Ferkel (Gänse, Enten, Hühner) erstreckt. Abweichend von den früheren Zählungen werden auf Grund Bundesratsbeschlusses vom 8. November 1917 diesmal auch die Verwendungsart der Pferde und die Zahl der Zuchtstuten und Zuchtbockstiere erfasst. Für das Königreich Preußen wird die Zählung wie bisher auf die Rarinnen, sowie auf Trut- und Perlhühner ausgedehnt. Ferner werden die unter 3 Monaten alten Kälber in 2 Abteilungen getrennt aufgeführt, nämlich unter 6 Wochen alte und „6 Wochen bis noch nicht 3 Monate alte.“ Die Ergebnisse der Viehählung dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindevverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben.

* **Die Reichsbefleidungsstelle** ersucht die Behörden, denen die Ueberwachung der Einhaltung kriegswirtschaftlicher Vorschriften obliegt, aus Anlaß der zahlreich beobachteten Zuwiderhandlungen nochmals dringend, die Ueberwachung der Bestimmungen über die Verwendung von Wäsche in Gastwirtschaften mit Strenge durchzuführen.

* **Einschreiten gegen die Diebstähle auf der Eisenbahn.** Die Tag für Tag vorkommenden Diebstähle auf der Eisenbahn, namentlich auch von Nachschubsendungen an das Feldheer, haben bereits einen solchen Umfang angenommen, daß Abwehrmaßnahmen von der Militärverwaltung ergriffen worden sind. Es ist ein strenger militärischer Ueberwachungsdiens in der Heimat eingerichtet worden. Die Leitung des Dienstes liegt in den Händen der Eisenbahnabteilung des Kriegsministeriums. An wichtigen Punkten in der Heimat werden Außenkommandos in Stärke von 1 Offizier und 4 Unteroffizieren oder Gefreiten (im Zivilberuf Polizeibeamte) eingerichtet, die ihren Dienst nach besonderen Anweisungen des Kriegsministeriums ausüben. Es ist vor allem Aufgabe dieser Außenkommandos, Diebstähle und Unterschlagungen von Gepäck und Gütern aufzudecken und den Tatbestand festzustellen. Weitergehende Zusammenarbeit mit allen Behörden und Dienststellen ist geboten. Die Außenkommandos sind zur Festnahme von Personen und zum Waffengebrauch befugt. Außenkommandos sind bereits in Mannheim, Straßburg, Köln, Düsseldorf, Breslau, Stettin, Königsberg errichtet worden.

* Der Vorsitzende der Reichsbraunweinstelle hat auf den Antrag des Vereins der Vikorfabrikanten und Braunwein-

interessenten u. a. geantwortet: Es kann Braunwein an die Zivilbevölkerung zu Trinkzwecken fürs erste nicht abgegeben werden. Auch für die Einführung ausländischen Braunweins zur Verteilung an das Spirituosen-gewerbe könne er nicht eintreten, wenn er auch die mäßige Lage in der sich das Gewerbe befindet, keineswegs verkenne. Selbst wenn man über die Valutafolge hinwegsehen könnte, würde sich die Freigabe eingeführten Braunweins verbieten.

* Der Schutzverband für deutschen Grundbesitz und der Verband der Terraininteressenten Deutschlands haben gemeinsam eine Beratungsstelle für Geländeerschließung eingerichtet, die den Zweck hat, den Grundstückseigentümern bei der baulichen Erschließung ihrer Gelände und bei der Aufstellung von Flächlinienplänen zur Seite zu stehen. Die Beratungsstelle, die in Berlin ihren Sitz hat, hat es sich zur Pflicht gemacht, die ihr übertragenen Aufgaben in engster Fühlung mit den zuständigen amtlichen Stellen zu erfüllen.

Von nah und fern.

Griesheim a. M., 25. Nov. Am gestrigen Tage feierte die hiesige kath. Gemeinde den 50. Jahrestag ihrer Gründung. Am 24. November 1867 wurde der erste kath. Gottesdienst in der von der kath. Gemeinde gemieteten Wohnung des Lehrers Eisel gefeiert. Vorher mußten die katholischen Bewohner Griesheims nach Soffenheim und später nach Nied zur Kirche gehen, wohin sie auch eingeparrt waren. Der erste Pfarrer, der sich um eigenen Gottesdienst bemühte, war Herr Pfarrer Abel in Soffenheim. 1896 wurde die neue Kirche und kurz darauf das Schwesternhaus erbaut. Heute zählt die katholische Gemeinde 5000 Seelen.

Frankfurt, 27. Nov. **Wo wird Suter abgeurteilt?** Die Annahme, daß der in Basel ergriffene Karl Suter, der des Mordes an der Eisenbahnschaffnerin Weigel beschuldigt ist, zur Aburteilung hierher ausgeliefert wird, trifft nicht zu. Suter ist Schweizer Staatsangehöriger und wird, da er in der Schweiz ergriffen ist, von den Schweizer Gerichten abgeurteilt werden. Man wird sich erinnern, daß auch der junge Mann, der wegen Tötung der Wirtin Lahnemann aus der Kohlenzgerstraße verfolgt und in Holland verhaftet wurde, als Holländer von dem Gericht in Amsterdam abgeurteilt worden ist.

Der 47-jährige Arbeiter Emil Labach stahl in der Nacht zum 1. September aus dem Stalle der Speisegesellschaft in der Waldschmidtstraße ein Pferd, spannte es in der Ostendstraße vor einen Wagen, der der Beamtenvereinigung gehörte, und fußte nach Höchst a. M., wo er Wagen und Pferd verfilberte. Nach ehe er das Geld im Sack hatte, wurde er festgenommen. Einige Zeit vorher hatte er zwei Strohkarren gestohlen. Das Urteil der Strafkammer lautete auf drei Jahre Gefängnis.

Koblenz, 26. Nov. Nachts drangen sechs Männer in die Schaphofen eines Metzgermeisters auf der Rarkasse ein, um Schafe zu stehlen. Der Schäfer wehrte sich so gut er konnte und kam mit zwei der Unmenschen zum Ringen, es wurden sogar Schüsse abgegeben. Während des Kampfes stahlen die anderen Aere zwei Schafe und schlachteten sie sofort ab. Unter dem Schutze der Dunkelheit sind die Räuber entflohen.

Aöln, 26. Nov. Die Diebstähle nehmen in Aöln einen unheimlichen Umfang an. In dem Bureau eines Zollbeamten erschossen Einbrecher in der Nacht einen Schrank und entnahmen ihm ein Wertpaket, dessen Inhalt auf 60 000 M. geschätzt wird. In einem Zigarrenschäft wurden Zigarren im Werte von 25 000 M. gestohlen, in einem anderen Geschäft Seidenbullen im Werte von 20 000 M. Die abends herrschende Dunkelheit in den Straßen der Stadt begünstigt die Spitzbuben in der Ausübung ihres verbrecherischen Betriebes.

Trier, 25. Nov. (Auf der Jagd erschossen.) Toni Roth, Sohn des Hofglasermeisters Roth in Koblenz, befand sich bei Trier auf der Jagd und verweilte gerade auf dem Hirschanstand, als ein Kollege ein verdächtiges Geräusch zu

hören vermeinte und auf den mutmaßlichen Hirsch schoß. Statt dessen brach der Freund, ins Herz getroffen, tot zusammen.

Großes Hauptquartier, 27. November.

(W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

In Flandern nahm die Artillerietätigkeit zwischen dem Houthoulster Wald und Zandvoorde am Nachmittag wieder große Festigkeit an.

In einzelnen Abschnitten des Schlachtfeldes südwestlich von Cambrai tagsüber starker Feuerkampf. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitgestellte englische Infanterie griff am Abend Dorf und Wald Bourlon an. In schwerem Nahkampf wurden sie zurückgeworfen. Die Vorfeldtätigkeit blieb auf der ganzen Schlachtfeldfront roge.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Nördlich von Trunay wurde ein französischer Vorstoß im Grabenkampf abgewiesen. Auf dem östlichen Maasufer war die Gefechts-tätigkeit tagsüber roge. Am Abend trat zwischen Samogneux und Beaumont und beiderseits Dunes eine erhebliche Feuersteigerung ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

An der Combrès-Höhe und zwischen St. Mihiel und Pont à Mousson lebte das Feuer zeitweilig auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

und

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Bekanntmachung für Falkenstein. Betr. Polizeistunde.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß der Herr Regierungspräsident die **Polizeistunde allgemein auf 10 Uhr abends festgesetzt hat.**

Anträge auf **Verlängerung der Polizeistunde an Samstagen bis 11 Uhr** wollen die Inhaber von Wirtschaftskonzessionen auf dem hiesigen Polizeibüro stellen, sobald ein Bedürfnis vorliegt.

Falkenstein, den 26. November 1917.

Die Polizeiverwaltung: Haffelbach.

Die Zeitung aus der Heimat

wird von den Feldgrauen mit Spannung erwartet und mit Interesse gelesen. Wer seinen im Kriege befindlichen Angehörigen eine Freude bereiten will, bestelle für sie ein Monats-Abonnement auf die

amtliche „Taunus-Zeitung“.

Bekanntmachung

betr. die Ergänzungswahlen der Vertreter und Ersatzmänner zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Königstein im Taunus.

Gemäß § 8 der Wahlordnung geben wir den beteiligten Arbeitgebern und Versicherten hiermit bekannt, daß folgende Wahlvorschläge eingegangen sind:

1. Arbeitgeber:

Wahlvorschlag Nr. 1 **Liste A**, beginnend mit dem Namen Karl Aloos, erster Unterzeichneter Philipp Feger.

2. Versicherte:

Wahlvorschlag Nr. 1 **Liste A**, beginnend mit dem Namen August Ebert, erster Unterzeichneter August Leidner.

Da von Seiten der Arbeitgeber und Versicherten je nur ein Wahlvorschlag eingegangen ist, so gelten nach § 9 der Wahlordnung die Vorgesetzten als gewählt. Die auf den 16. Dezember d. J. bestimmte Wahl fällt aus. Ansetzungen gegen die Gültigkeit der Wahl sind bis zum 27. Dezember d. J. bei dem unterzeichneten Vorstand oder beim Kgl. Versicherungsamt in Bad Nauheim o. d. B. anzubringen.

Königstein, den 27. November 1917.

Allgemeine Ortskrankenkasse Königstein i. T.

Der Vorstand: Adam M. Fischer, 1. Vorsitzender.

Konkursverfahren.

Im Konkurs über das Vermögen des Möbelfabrikanten Heinrich Walter in Kelkheim im Taunus soll die Schlussverteilung erfolgen. Dazu sind M. 3531,13 verfügbar, wovon aber noch ein Teil der Gerichtskosten, die Donatoren der Gläubigerversammlung und die Veröffentlichungskosten in Abzug kommen.

Zu berücksichtigen sind Forderungen im Betrage von M. 17363,27, darunter M. 154,26 bevorrechtigt.

Das Schlussverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Kgl. Amtsgerichts Königstein i. T. zur Einsicht aus.

Königstein im Taunus, den 26. November 1917.

Der Konkursverwalter:
Rechtsanwalt Nachol.

Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche noch im Besitze der **Fahrradbescheinigungen** sind, werden aufgefordert, dieselben am **Mittwoch, den 28. ds., nachmittags von 2-6 Uhr**, an der hies. Sammelstelle **Schneidhainerweg 36 abzuliefern**. Wer keine Vereinfachung bei dem angegebenen Termin nicht abliefern, muß zur Anzeige gebracht und die Enteignung alsdann verfügt werden.

Wir bemerken hierbei, daß bei der Enteignung der Preis ein geringerer als bei der freiwilligen Ablieferung ist.

Königstein im Taunus, den 27. November 1917.

Der Magistrat, Jacobs.

Bekanntmachung.

Es wird nochmals auf die rückständige 3. Rate **Staats- und Gemeindesteuer, Holzgeld, Pacht usw.** bei **Vermeidung der Zwangsbeitreibung aufmerksam gemacht.**

Königstein im Taunus, den 26. November 1917.

Die Staatssteuerhebestelle: Gläßer.

Bekanntmachung für Kelkheim.

Die noch rückständige Staats- und Gemeindesteuer, Obst-, Gras-, Pacht- und Holzgelde, Kanalbeiträge usw. werden wiederholt gemahnt und sind bis zum 1. Dezember an die Gemeindekasse zu zahlen. Von da ab wird gegen die Säumnigen das Zwangsverfahren eingeleitet.

Kelkheim im Taunus, den 23. November 1917.

Gemeinde-Kasse: Schmitt.

Rhein- u. Moselwein-
flaschen
kauft
Adam Keutner,
Königstein i. T., Hauptstraße.

Eine frischmelende
Fahrkuh,
evtl. mit Stalb, zu verkaufen bei
Adam Schmitt, Schlossborn.

Militärperson

(Kaufmann) sucht Büroarbeit oder passende Beschäftigung für nachmittags. Angeb. u. M. O. 30 an die Geschäftsst. bief. Stg.

Eine Partie

Tannen-Deckreiser
abzugeben Haus Limpurg,
Königstein.

Ein Küchenherd,

linksseitiger, gebraucht, zu kaufen gesucht. **Heinrich Gottschalk**,
„Zum Strich“, Königstein.

Abend selbst zu verkaufen eine **Nähmaschine**.

Preis 10 Pfg. Preis 10 Pfg.

Kleiner Taunusfreund

Taschenfahrplan

mit den Fahrzeiten der Eisenbahnen, Kraftwagen u. elektrischen Bahnen sowie Farbenbezeichnung schönster Wanderwege im Hoch- und Vordertaunus
ab 1. November 1917 zu haben im Verlag
Druckerei Ph. Kleinbühl,
Königstein im Taunus